



Sitzungsvorlage **100/303/2020**

Amt/Abteilung: Hauptamt Datum: 24.01.2020	Aktenzeichen: 10.24.40.06		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	27.01.2020	Vorberatung N	
Stadtrat	04.02.2020	Entscheidung Ö	

Betreff:

Resolution des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz; Für Demokratie und kommunale Selbstverwaltung - gegen Aushöhlung der Mitwirkungsrechte der Bevölkerung in den Städten!

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz beschließt den in der Begründung genannten Resolutionstext.

Begründung:

Der Städtetag Rheinland-Pfalz erwartet in der nächsten Zeit weitere Entscheidungen des Landes zur Kommunalverfassungsreform. Unter anderem wird es dabei um die Frage der Kreisfreiheit der kleinen kreisfreien Städte gehen.

Dazu hatten im Stadtrat am 27. August 2019 Vertreter des Städtetages informiert. Nun soll in allen betroffenen kreisfreien Städten nachfolgende Resolution verabschiedet werden:

„Kommunale Selbstverwaltung ist eine Rechtsgarantie mit Verfassungsrang. Kommunal- und Verwaltungsreformen müssen sich an dieser Verfassungsgarantie messen lassen. Nirgendwo haben Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, unmittelbarer auf die Lebensbedingungen in ihrem Umfeld Einfluss zu nehmen als in ihren Städten und Dörfern. Dabei ist der Idealtypus der Gemeinde eine solche, in der alle kommunalen Entscheidungen aus einer Hand getroffen werden. In Rheinland-Pfalz ist das der Fall in den 12 kreisfreien Städten.

Kommunalreformen und Veränderungen bei der Kreisfreiheit haben immer einen Verlust an Entscheidungsspielräumen der kommunalen Mandatsträger zur Folge. Die Städte nehmen wichtige Funktionen für das Umland wahr, insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport, Freizeit u.v.m. Ziel muss daher eine Stärkung der städtischen Zentren sein, damit diese ihre wichtigen Funktionen auch für das Umland weiterhin erfüllen können.

Eine Aufgabenverlagerung weg von der Stadt auf andere Ebenen läuft in vielen Bereichen, angefangen von der Gestaltung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, Kindern und Jugendlichen sowie dem Öffentlichen Personennahverkehr, den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in den Städten entgegen. Die von der Landesregierung beauftragten Gutachten zeigen keinerlei Vorteile einer Einkreisung oder Eingemeindung für die Städte auf. In Kauf genommen wird aber die

Einschränkung der Selbstverwaltung und Mitbestimmung der Menschen in den Städten. Behauptete Einspareffekte bei Gebietsreformen konnten bisher noch nicht wissenschaftlich nachgewiesen werden. Auch die Chancen und Möglichkeiten der Digitalisierung sind nicht beleuchtet worden. Die zunehmende Digitalisierung des Lebens wird zahlreiche neue Formen der interkommunalen Zusammenarbeit ermöglichen und stellt damit die bessere Alternative zu Zwangsfusionen dar.

Städte sind unverzichtbare Anker und Zentren der Dynamik im Land Rheinland-Pfalz. Ziel einer jeden Reform muss daher der Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung und die Verlagerung von Zuständigkeiten und Verantwortung in den kommunalen Raum sein.

Wir fordern daher:

- **Kommunale Selbstverwaltung stärken! Städte als Zentren des Landes fördern!**
- **Bürgerwillen beachten! Keine Kommunalreform gegen die Bürgerinnen und Bürger!**
- **Zusammenarbeit fördern! Sinnvolle kommunale Initiativen zur Zusammenarbeit unterstützen!"**

Nachhaltigkeitseinschätzung:

Die Nachhaltigkeitseinschätzung ist in der Anlage beigefügt: Ja ☐ / Nein ☒

Begründung:

Überörtliche Resolution ohne aktuelle Auswirkungen auf die Stadt Landau.

Schlusszeichnung:

